

<b>Beschlussvorlage</b>	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 000 - Büro OB
	Bearbeiter/in	Michael Telian
	Telefon (0202)	563 6815
	Fax (0202)	563 8020
	E-Mail	michael.telian@stadt.wuppertal.de
	Datum:	26.04.2005
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/0571/05</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>27.04.2005</b>	<b>Hauptausschuss</b>	<b>Empfehlung/Anhörung</b>
<b>02.05.2005</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>	<b>Entscheidung</b>
<b>Wuppertal gegen Rechtsextremismus - Für Demokratie und Toleranz</b>		

Der Rat der Stadt bekräftigt seine bereits in der Vergangenheit durch Beschlüsse nachdrücklich vertretene Auffassung, alle Aktivitäten, Projekte und Veranstaltungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre Werte gerichtet sind, zu Hass, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit aufrufen sowie gegen ein friedliches Miteinander der verschiedenen Kulturen und Nationalitäten gerichtet sind, aufs Schärfste abzulehnen und zu verurteilen.

Die für den 14. Mai 2005 angekündigten Demonstrationen stehen nach unserer Ansicht im eklatanten Widerspruch zum vorgenannten Grundverständnis.

Wuppertal ist und bleibt eine tolerante und weltoffene Stadt – wir sind stolz darauf, dass hier Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalitäten und Kulturkreise friedlich und in gegenseitigem Respekt zusammenleben.

Im Rahmen des 60. Jahrestages des Kriegsendes finden eine Reihe von Veranstaltungen statt, bei denen an die schrecklichen Kriegereignisse, der Toten und des unendlichen Leids, das der Krieg über die Menschen gebracht hat, erinnert wird. Gleichzeitig soll das Bewusstsein geschärft werden, dass wir stets wachsam sein müssen, um unsere Demokratie zu verteidigen.

Wehret den Anfängen!

Der Rat respektiert das Demonstrationsrecht; wir müssen jedoch mit Selbstbewusstsein, Zivilcourage und öffentlicher Präsenz reagieren und geschlossen zeigen, dass wir undemokratisches Gedankengut nicht dulden und abwehren.

Deshalb ruft der Rat der Stadt dazu auf, sich am 14. Mai 2005 in einem breiten Bündnis aller demokratischen Kräfte gegen die geplanten rechtsextremen Aufmärsche und Parolen zu stellen und sich an gewaltfreien, friedlichen Protestaktionen zu beteiligen.

Peter Jung